RAT/373/2026

X öffentlich nicht öffentlich

Düsseldorf, 18.06.2026

An den Vorsitzenden
des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf
Herrn Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller

Betrifft:

Anfrage der AfD-Ratsfraktion: Heimaturlaub von geflüchteten Personen im Leistungsbezug

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie, die folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen und durch die Verwaltung beantworten zu lassen:
Der Begriff des sogenannten „Heimaturlaubs“ von Geflüchteten, die Sozialleistungen beziehen, sorgt in der Öffentlichkeit regelmäßig für Diskussionsstoff. Ein vorübergehender Aufenthalt im Herkunftsland wirft erhebliche Fragen hinsichtlich der tatsächlichen Schutzbedürftigkeit sowie der Rechtmäßigkeit des weiteren Leistungsbezugs auf.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie viele Fälle von Leistungsbeziehern, die sich für einen vorübergehenden Besuch in ihr Heimatland abgemeldet haben oder bei denen ein solcher Aufenthalt im Nachhinein bekannt wurde, sind bei der Stadtverwaltung in den Jahren 2020 bis 2025 registriert worden (bitte aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Kalenderjahren sowie nach der Reisedauer von 1–7 Tagen, 8–14 Tagen, 15–30 Tagen und länger als 30 Tage)?

2. Wie stellt die Verwaltung in der Praxis sicher, dass die Auszahlung von Sozialleistungen während eines solchen Auslandsaufenthalts umgehend und lückenlos eingestellt wird?

3. Welche aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen wurden durch die Düsseldorfer Ausländerbehörde bei den Betroffenen eingeleitet, da eine Reise in das Herkunftsland dem eigentlichen Fluchtgrund widerspricht (bitte mit einer konkreten Auflistung der

jeweils getroffenen Maßnahmen wie z. B. Einleitung von Widerrufsverfahren, Aberkennung des Schutzstatus oder Ausweisungen)?

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Winter
Ratsherr

AfD-Ratsfraktion Düsseldorf

Für die Richtigkeit:

Thomas Krabbe